

# Bargeld: *Brüssel schließt Schlupflöcher*

von Michael Brückner

Quelle: KOPP exklusiv Nr. 49/2016

- Um den > **War on Cash** < - also den Kampf gegen das Bargeld - ist es etwas ruhiger geworden. Die Regierungsparteien wollen die **Bargeldabschaffung** nicht zum Wahlkampfthema machen.

Doch schon plant Brüssel, auch gegen mögliche Alternativen wie *Prepaidkarten* und freies, unabhängiges Geld wie den *Bitcoin* vorzugehen. Es ist scheinbar das Zauberwort aller Bereiche der Wirtschaft:

- ◆ Wer nicht auf »*Digitalisierung*« setzt, der hat schon verloren. Kein Unternehmer, kein Verbandsmanager, kein Politiker; der nicht über die »*Herausforderungen durch die Digitalisierung*« schwadronierte. Welche Risiken einer digitalisierten Gesellschaft drohen, davon bekamen rund 900.000 Telekom-Haushalte dieser Tage einen ersten Vorgeschmack:
  - Ende November 2016 hatten eine Million Kunden keinen Zugang zu Fernsehen, Internet und Telefon.

Verantwortlich für diese Megastörung war keine peinliche Panne der Deutschen Telekom, sondern ein weltweiter Hackerangriff, wie das *Bundesamt für Informationstechnik* mitteilte. Stundenlang vom Internet abgeschnitten zu sein, das ist ohne Frage lästig und ärgerlich.

- ? Doch was passiert, wenn in einer bargeldlosen Gesellschaft der Zukunft Hacker die elektronischen Zahlungssysteme ins Visier nehmen?
  - Selbst wohlhabende Bürger wären plötzlich zahlungsunfähig, weil sie nicht mehr an ihr Geld kämen.
  - Wir könnten nicht einmal mehr Lebensmittel kaufen, weil natürlich auch die Kommunikation zwischen den Lesegeräten für Kredit- und EC-Karten nicht mehr funktionierte.

Spätestens in einem solchen Szenario zeigt sich ein großer Vorteil des Bargeldes:

- Wir können über unsere **Scheine und Münzen** jederzeit verfügen, unsere **Geldbörsen** sind vor Hackern sicher, was man von Bankkonten nicht behaupten kann.
  - ❖ Und dennoch wird die Entwicklung hin zu einer Gesellschaft mit weitgehenden Bargeldrestriktionen oder gar Bargeldverboten systematisch vorangetrieben.

Dass es in den vergangenen Wochen um dieses Thema etwas ruhiger geworden ist, hängt mit den nahenden Bundestagswahlen zusammen und ist kein Hinweis darauf, dass Brüssel und Berlin dieses Ziel von der Agenda genommen hätten.

Tatsächlich gehen die Pläne der EU noch sehr viel weiter.

- Angestrebt wird eine komplette Kontrolle über das Geld der Bürger. Das Bargeldverbot ist ein wichtiger Schritt in diese fatale Richtung.
- Parallel dazu will Brüssel aber auch Bargeldalternativen stark reglementieren. Vor allem der Einsatz von *Prepaidkarten* und *Bitcoins* steht im Visier der EU-Bürokraten. Von der Öffentlichkeit kaum bemerkt, hat Brüssel diesen Großangriff auf die letzte finanzielle Souveränität der Bürger vorbereitet.

## Alternative Zahlungsmethoden

Auslöser war, wieder einmal, ein Terroranschlag. Als im letzten Juni der *Atatürk-Airport in Istanbul* von Selbstmordanschlägen erschüttert wurde, da reagierte die EU sofort. Schon Anfang Juli 2016 erklärte *EU-Justizkommissarin Vera Jourova* aus Tschechien, man müsse »*Terroristen von ihren Geldquellen abschneiden*«. Das übliche Argument also.

- ◆ Neu war jedoch, dass dieses Mal Brüssel nicht das Bargeld als Ursache allen Übels brandmarkte, sondern alternative Zahlungsmethoden wie *Prepaidkarten* und *sogenannte Kryptowährungen* wie die *Bitcoins*. Hierfür sollen schon bald verschärfte Regeln gelten, die in der sogenannten vierten Geldwäscherichtlinie verankert sind.

Diese Bestimmungen dürften schon Mitte 2017 in Kraft treten. Aus Sicht der Eurokraten handelt es sich bei *Prepaidkarten* um einen »*Ersatz für Banknoten*«, daher seien für sie ähnliche Bestimmungen und Restriktionen anzuwenden wie für Bargeld.

Die EU hat dabei (noch) nicht die *Prepaidkarten für Handys* im Auge, wohl aber solche im Voraus mit einem Guthaben aufgeladenen Karten, mit denen man auch im Internet anonym einkaufen kann. Bisher boten Händler im Internet die Möglichkeit, vor allem geringe Beträge mittels *Prepaidkarte* zu begleichen. Der Händler kam auf diese Weise schnell und sicher zu seinem Geld, während der Kunde, wie bei einem Bargeldeinkauf, anonym blieb.

- Kaum jemandem erschien diese Praxis bisher suspekt, denn die auf der Karte gespeicherten Summen sind in aller Regel so gering, dass man damit die Vorschriften über die Bekämpfung der Geldwäsche nicht umgehen konnte. Niemand wird mit einer *Prepaidkarte* Waffen oder Drogen kaufen.

Und dennoch hat es Brüssel plötzlich sehr eilig, die neuen Restriktionen durchzusetzen.

→ Künftig sollen bei *Prepaidkarten* nur noch Auszahlungen bis maximal 150 Euro möglich sein. Liegt der Betrag darüber, dann muss sich der Kunde identifizieren. Er hat dadurch keine Möglichkeit mehr, das Risiko einer Ausspähung seiner Finanzdaten zum Beispiel durch IT-Spionage zu reduzieren.

- ◆ Anonymes Einkaufen und Bezahlen im Internet würden künftig selbst bei Bagatellbeträgen praktisch unmöglich, kritisiert der ehemalige Bundesdatenschutzbeauftragte *Peter Schaar*.

Schon seit Langem ein Dorn im Auge ist für die Regierungen der Einsatz von *Kryptowährungen* wie dem *Bitcoin*, die sich der Kontrolle der Notenbanken und der Politik entziehen.

- ◆ Nach den Plänen der EU sollen Zahlungen mit *Bitcoins* künftig nicht mehr anonym abgewickelt werden können. Plattformen, die Geschäfte mit der *Kryptowährung* anbieten, müssen bald deutlich strengere Kontrollen durchlaufen.

Diese Pläne zeigen, dass es Brüssel und den nationalen Regierungen letztlich darum geht, den Bürgern ihre Souveränität in allen Geld- und Finanzangelegenheiten zu rauben. Ziel bleibt der gläserne Verbraucher sowie der transparente Kontosklave.